

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Telefonnummer: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 50 Pfg. — Interesse für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 32.

Montag, den 8. Februar 1915.

22. Jahrg.

Kartoffelwucher.

Als im August vorigen Jahres der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei sein umfassendes Programm zur Sicherung und Regelung des Nahrungsmittelbedarfs während des Krieges veröffentlichte, fand es im allgemeinen gerade kein besonderes Entgegenkommen. Einem Teil der Presse war es zu weitgehend, während ein anderer Teil es mit Stillschweigen überging oder ohne jede Bemerkung ganz oder teilweise abdruckte. Auch die Regierung schien nicht die geringste Lust zu verspüren, sich mit den in dem Programm aufgestellten Fragen eingehender zu befassen, vielleicht auch, weil sie gegenüber den weitgehenden Eingriffen in die Privatwirtschaft im Anfange des Krieges eine zu heftige Opposition erwartete. Heute, nach sechs Monaten, ist manches anders geworden. Der bisherige Verlauf des Krieges hat wenigstens in dieser Beziehung sehr heilsame Lehren gebracht und mit zwingender Logik die Richtigkeit und Notwendigkeit der damals von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Maßnahmen bestätigt. Die Regierung mußte schließlich den vorgezeichneten Weg dennoch beschreiten, wenn das deutsche Volk nicht infolge unwirtschaftlicher Behandlung seiner Vorräte vor der nächsten Ernte leiden sollte.

Wir sind weit davon entfernt, in den bisherigen Maßnahmen bereits die volle Durchführung unseres Programms zu erblicken; da es sich, nachdem monatelang so kostbare Zeit verstrichen ist, jetzt kaum noch in allen Einzelheiten verwirklichen lassen wird. Immerhin sehen wir aber in der Beschlagnahme der gesamten Getreidevorräte — Roggen, Weizen, Hafer — eine bedeutenden Schritt nach vorwärts, der geeignet ist, alle Mängel, die auf unsere Aushungerung abzielen, zu beseitigen und zu lassen.

Es mag auch sein, daß die Verordnung jetzt manche Härten bringt, die sicherlich vermieden worden wären, wenn man sie bereits vor sechs Monaten erlassen hätte. Dann wären größere Mengen Getreide, die zur Viehfütterung verwendet wurden, für die menschliche Ernährung übrig geblieben. Diese Härten aber nach Möglichkeit zu mildern, muß nun, nachdem die Brotfrage soweit geregelt ist, die Aufgabe der Regierung und der Behörden sein. Und da möchten wir zunächst wieder die Aufmerksamkeit auf die Zustände des Kartoffelmarktes lenken.

Nach der Bundesratsverordnung und nach den Anordnungen mancher Städte und Behörden wird es täglich etwa ein halbes Pfund Brot auf den Kopf der Bevölkerung geben. Das bedeutet gegenüber dem bisherigen Verbrauch eine recht erhebliche Verminderung, und besonders in kinderreichen Familien, wo erfahrungsgemäß das meiste Brot gegessen wird, auch bei schwer arbeitenden Handarbeitern, wird sich die Einschränkung stark fühlbar machen. Hierfür Ersatz zu schaffen, wird auch der tüchtigsten Hausfrau schwer, zum Teil unmöglich werden. Das Mangelnde ist größerer Verbrauch von Kartoffeln. Aber da tritt die Frage auf: Sind genügend Kartoffeln vorhanden und sind sie zu einem Preise zu haben, den die Bevölkerung bezahlen kann?

Daß wir hinreichend Kartoffeln geerntet haben, um unsern Nahrungsbedarf zu befriedigen, darüber besteht heute kein Zweifel. Wenn die Ernte auch um einige Millionen Tonnen geringer war, als die Anforderungen des vorhergehenden Jahres, so war sie doch groß genug, um unseren Verbrauch voll zu befriedigen, auch wenn er noch eine Steigerung erfahren sollte. Trotzdem herrscht auf dem Kartoffelmarkt andauernd Knappheit, die auch durch die Einführung der Höchstpreise nicht beseitigt worden ist.

Die Ursachen liegen klar auf der Hand: Händler, besonders Großhändler, und Landwirte hatten auch heute noch mit den Vorräten zurück. Und die Händler betreiben dabei die Spekulation, die Preise in die Höhe zu treiben. Tatsächlich werden denn auch für Kartoffeln im Kleinverkauf Preise gefordert, die auf die festgesetzten Höchstpreise, die allerdings nur für die Produzenten gelten, wie blutiger Hohn klingen und das ganze System der Höchstpreise über den Haufen werfen.

Die Höchstpreise für Kartoffeln schwanken je nach dem Bezirk, in dem sie erzeugt sind, zwischen 2,75 bis 3,05 Mark für den Zentner. Man sollte also annehmen, daß sie zum Preise von 3,50 bis 4,00 Mark für den Zentner selbst in sonst teuren Gegenden zu haben seien. Aber weit gefehlt. Werden doch in Lübeck beim pfandweisen Verkauf 6, 6½ und 7 Pfennige, ja stellenweise noch mehr, verlangt.

Das sind mehr als 100 Prozent über die festgesetzten Höchstpreise.

Höhere Preise sind auch vor der Festsetzung der Höchstpreise nicht gezahlt worden. Und da die Landwirte nicht über die Höchstpreise verkaufen dürfen, so steht fest, daß hier einzig und allein die Händler, hauptsächlich die gut organisierten Großhändler die Preistreiber sind.

Viele Familien, besonders aus den Arbeiterkreisen, haben im Herbst vor. Jahres ihre ganze Hoffnung auf die Höchstpreise gesetzt und infolgedessen vom Ankauf größerer Mengen Kartoffeln abgesehen. Heute ist ihre Hoffnung gänzlich geschwunden und sie müssen nach wie vor die hohen Preise bezahlen.

Wir haben bereits betont, daß die Einschränkung des Brot und Mehlverbrauchs naturgemäß einen stärkeren Verbrauch an Kartoffeln herbeiführen wird. Aber wie die Kartoffelpreise gegenwärtig sind, werden Arbeiterfamilien kaum daran denken können; sie werden also hungern und darben müssen, wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen wird. Und sie kann geschaffen werden.

Ungeheure Mengen Kartoffeln befinden sich noch in den Kellern der Landwirte und in den Lagern der Großhändler. Sie müssen beschlagnahmt und durch die Behörden verkauft werden. Wenn es möglich gewesen ist, daß einzelne Städte größere Mengen Kartoffeln noch bis vor ganz kurzer Zeit aufkaufen und zu erheblich billigeren Preisen als die Händler an die Verbraucher abgeben konnten, dann dürfte das auch für das ganze Deutsche Reich möglich sein. Die Maßnahmen, die man bei Getreide und Mehl für notwendig erachtet hat, müssen auch auf die Kartoffeln angewendet werden.

Die Regierung resp. die Behörden haben sich bei Festsetzung der Höchstpreise doch ohne Zweifel einzig von dem Gedanken leiten lassen, die Verbraucher vor Wucherpreisen zu bewahren. Diese Absicht ist nicht erreicht worden, weil das Mittel in unzulänglicher Form angewandt worden ist. Deshalb müssen sie jetzt nochmals einschreiten, wenn sie nicht wollen, daß eine kleine Bevölkerungsgruppe unberechtigten Gewinn einheimst auf Kosten der nockleidenden Volksmassen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Tagesberichte der deutschen Heeresleitung vom Sonnabend und Sonntag wußten nicht viel Neues zu melden. Von Bedeutung ist lediglich, daß im Osten russische Angriffe erfolgreich abgewiesen und bei dieser Gelegenheit 1000 Gefangene und 6 Maschinengewehre erbeutet wurden.

Einem Korrespondenten des schwedischen Blattes „Aftenposten“ gegenüber hat sich der Reichskanzler über die Aushungerungsabsichten Englands ausgesprochen. Aus seinen Ausführungen heben wir hervor:

Sie sagen mir, daß die Alliierten Hoffnungen auf die Aushungerung Deutschlands setzen. Daß namentlich England mit dieser Hoffnung die unter dem Kriege mehr als es selbst leidenden Bundesgenossen zu einer für sie hoffnungslosen Weiterführung dieses grausamen Krieges bestimmen will, mag richtig sein. Ich las eben in einer Zeitung eine Aeußerung Churchills. Churchill soll dem Londoner Korrespondenten des „Morning“ gesagt haben: „Sie wissen, welche Wirkung der Knebel ausübt, er nutzt das Herz ab. Deutschland weiß das auch selbst ganz genau; diese Knebelung wird aber nicht eher locker werden, als bis Deutschland sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat.“ Nun, Herr Churchill nimmt den Mund etwas voll. Sehen Sie sich die Situation nüchtern an, so ist sie folgendermaßen: Wir haben Lebensmittel genug, um unser Volk bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Wenn aber gepart werden muß, so wird das deutsche Volk dies lieber tun, als sich Herrn Churchills Knebel zu unterwerfen. Es ist alles Organisationsfrage, der Staat hat die Sache in die Hand zu nehmen und die Lebensmittel zu verteilen, damit die Knappheit nicht zu einer unmäßigen Teuerung führt, die natürlich für die ärmeren Schichten eine Hungersnot bedeuten würde. Würden wir die Dinge gehen lassen, so würde freilich das Fehlen des Ueberflusses durch Aufkauferei und Preistreibererei zu einer bedenklichen Teuerung führen. Die Organisationsaufgabe ist schwierig, aber wir werden sie bewältigen, und unser Staatswesen bewahren, daß es die schwierigsten Organisationsaufgaben bewältigen kann.

England behandelt uns als eine belagerte Festung. Churchill will ein Volk von 70 Millionen aushungern. Kennen Sie eine barbarischere Art der Kriegführung? Glauben Sie etwa, daß wir uns vor dieser Heuchelei, die ein solches Verfahren mit den Menschenrechten für vereinbar hält und es als im Interesse der Zivilisation unternehmen hinstellt, beugen würden? Glauben die Engländer wirklich, daß wir uns auch nur im geringsten scheuen würden, im günstigsten Zeitpunkt die energichsten Gegenmaßnahmen zu ergreifen? Der Zeitpunkt ist bald gekommen. Wir bedauern, wenn dieser Seekrieg die Interessen der Neutralen schädigt, aber auch wir können nicht auf die Gegenwehr in diesem rücksichtslosen Handelskrieg verzichten, den England seinerseits zum Schaden der Neutralen, aber leider ohne ihren wirksamen Einspruch, schon längst gegen uns mit der ausgesprochenen Absicht anwendet, um ein Volk von 70 Millionen mit Weibern und Kindern dem Hungertode auszuliefern.

Die Blockade-Ankündigung des Deutschen Admiralsstabes wird noch immer eifrig in der Presse des Auslandes besprochen. Wie „Daily Telegraph“ meldet, hält man in Londoner Schiffsfahrtskreisen die deutsche Ankündigung für einen Bluff. In den Vereinigten Staaten ist die Sprache der Blätter eine sehr erregte gegen Deutschland. „New York Herald“ verurteilt die „unbarmherzige und ungeschickliche Vernichtung neutraler Schiffsadungen durch Unterseeboote „ohne Untersuchung und ohne die Schiffsdokumente in Sicherheit zu bringen“, als Seeraub. — „New York Times“ schreibt: Die deutsche Admiralität möge nicht erwarten, daß man über die Vernichtung auch nur eines neutralen Schiffes innerhalb dieser Zone hinwegsehen würde, wie über eine unermessliche Folge des Seekrieges. — „Tribune“ verkündet, daß Deutschland böswillig der ganzen Welt internationale Verwicklungen heraufbeschwöre. Dieses Spiel mit dem Feuer dürfe nicht weiter gehen. Es sei klar, meint die „Tribune“, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht warten dürfe, bis ihre Flagge beslehtigt und ein Schiff torpediert worden sei. Jetzt sei der Augenblick gekommen, um deutlich zu reden im Namen der internationalen Sicherheit und Deutschland zu Gemüte zu führen, daß ein fest entschlossener Wille hinter der amerikanischen Flagge stehe und hinter den Schiffen, die sie führen.

Es ist doch eigentlich kennzeichnend, daß sich die amerikanische Presse über das Verhalten der Deutschen so fürchtbar aufregt, während sie kein Wort darüber verlor, als England am 9. November in ähnlicher Weise vorging.

Vertreter Kopenhagener Exporteure nehmen Stellung zu der Frage des Exportes nach England nach dem 18. Februar. Der neutrale Kopenhagener Handel sei durch die Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ gezwungen, seine Fahrten nach dem 12. Februar einzustellen, falls er nicht Gefahr laufen wolle, seine Schiffe durch deutsche Unterseeboote und sonstige Kampfmittel zerstört zu sehen. In Exporteurkreisen herrscht große Aufregung, da der Handel Dänemarks mit England sehr bedeutend ist. Die Blätter bestreiten die Berechtigung der deutschen Maßregel nicht.

Sehr vernünftig beurteilt das schwedische Blatt „Nya Dagens Allehanda“ die Sachlage. Unter der Ueberschrift „Der schiffsalsschwere 18. Februar“ schreibt es: Nicht Deutschland habe durch seinen neuen Erlaß, sondern England durch seinen Nordsee-Ukase vom 9. November den Seekrieg in Bahnen geleitet, die rücksichtslos alle völkerrechtlichen Bestimmungen durchkreuzen. „Wir Schweden“, schließt der Artikel, „wänten die Wirkung des deutschen Erlasses mit Ruhe abzuwarten, wenn nicht die englische Zumutung bestimmte, daß unsere Schiffe das gefährliche Rittwerk anlaufen sollten.“

